

**Antrag 247/I/2019****Jusos LDK****Der Landesvorstand möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Nicht mehr in die Tonne! Unverkaufte Lebensmittel abgeben**

1 Ein Drittel aller produzierten Lebensmittel landet nutzlos  
2 in der Tonne. Das entspricht insgesamt etwa 1,3 Milliar-  
3 den Tonnen im Jahr. Bei dieser Menge an weggeworfenen  
4 Lebensmitteln werden ca. 30 % der weltweit existieren-  
5 den Anbauflächen In Deutschland werden jährlich 18 Mil-  
6 lionen Tonnen Lebensmittel vernichtet, das entspricht ein-  
7 nem Drittel der Produktion. Das geschieht teilweise auch  
8 schon bevor die Lebensmittel überhaupt den Einzelhan-  
9 del erreichen. Beispielsweise werden 30 % - 35 % der Kar-  
10 toffeln an verschiedenen Stellen der Prozesskette aussor-  
11 tiert bevor sie in den Laden gelangen. Die Verschwen-  
12 dung stellt ein großes Problem dar. Weltweit müssen über  
13 800 Millionen Menschen hungern. Außerdem wird bei der  
14 Herstellung und beim Transport der nicht genutzten Le-  
15 bensmittel unnötig Energie und Wasser verbraucht, Flä-  
16 chen beansprucht sowie Dünge- und Pflanzenschutzmit-  
17 tel verwendet. Dabei werden Treibhausgasemissionen in  
18 Höhe von mehr als drei Gigatonnen verursacht. Dieses  
19 vorherrschend imperiale Konsummodell ist für uns nicht  
20 hinnehmbar. Wir fordern den weitreichenden Abbau der  
21 Lebensmittelverschwendung und fordern eine sozial ge-  
22 rechte Verteilung von Lebensmittel sowie weiteren ökolo-  
23 gischen Ressourcen.

24  
25 Die UN hat sich mit den Sustainable Development Goals  
26 zum Ziel gesetzt, bis 2030 die Verschwendung von Nah-  
27 rungsmitteln zu reduzieren. Deutschland hat diese mitun-  
28 terzeichnet. Die gesetzliche Pflicht unverkäufliche Lebens-  
29 mittel zu spenden innen kann einen Teil dazu beitragen  
30 und hilft gleichzeitig finanzschwachen Menschen.

31  
32 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag sowie  
33 die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-  
34 rung sollen sich für eine gesetzliche Regelung einset-  
35 zen, dass Lebensmittelhändler\*innen (Groß und Einzel-  
36 handel) und Produzent\*innen verpflichtet werden noch  
37 essbare Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, ge-  
38 meinnützigen Organisationen und Tafeln oder auch Schu-  
39 len und Kitas vorrangig lokal zur Abholung anzubieten.  
40 Als Beispiel können hier die Verfahren in Frankreich und  
41 Tschechien dienen.

42  
43 Sie dürfen erst entsorgt werden, wenn innerhalb einer  
44 Frist von 24 Stunden keine Abholung durch gemeinnützi-  
45 ge Organisationen, Tafeln und Schulen und Kitas erfolgte  
46 bzw. ein Bedarf signalisiert wurde und müssen solange  
47 sachgerecht gelagert werden. Bei lange haltbaren Lebens-  
48 mitteln wie Nudeln oder Reis gilt die Frist von einer Wo-

**Empfehlung der Antragskommission: Erledigt bei Annah-  
me 246/I/2019 (Konsens)**

49 che. Ergänzend soll ein Konzept entwickelt werden, dass  
50 den Zugang auch für Privatpersonen ermöglicht. Bis zur  
51 Abholung sind die Lebensmittel selbstverständlich hygie-  
52 nisch zu lagern ohne Unterbrechung der Kühlkette.

53

54 Kein Mensch darf, insbesondere in einem reichen Land wie  
55 diesem, auf Lebensmittel aus Müllcontainern angewie-  
56 sen sein. Wenn Personen dennoch aufgrund gesellschaft-  
57 lichen und staatlichen Versagens auf diese Form der Le-  
58 bensmittelbeschaffung angewiesen sind, darf diese nicht  
59 noch gezielt kriminalisiert werden. Das eigentliche Fehl-  
60 verhalten liegt schließlich keineswegs bei diesen Men-  
61 schen. Deswegen muss das „Containern“ endlich entkri-  
62 minalisiert, zumindest jedoch straffrei werden.

63

64 Darüber hinaus soll sich die SPD auf europäischer Ebene  
65 dafür einsetzen, dass diese Regelung europaweit einge-  
66 führt wird.